

Ausschuss für Inneres und Sport

(111. - öffentliche - Sitzung am 9. Februar 2017)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über Anträge auf Unterrichtung**

Der Ausschuss bat die Landesregierung

- *um eine zeitnahe mündliche Unterrichtung über eine nächtliche Abschiebung einer Familie aus Lehrte nach Bulgarien,*
- *um eine zeitnahe mündliche Unterrichtung über die Rechtsgrundlagen für Modellversuche zum polizeilichen Einsatz von Body-Cams sowie Fahrzeugkameras einschließlich der entsprechenden Kommunikation zwischen MI und LfD sowie um eine ergänzende Unterrichtung zu den Ergebnissen dieser Modellversuche nach ihrer Auswertung voraussichtlich im April 2017 und*
- *um eine mündliche Unterrichtung über mutmaßliche Spionagetätigkeiten von Imamen der DITIB und über die Wahl eines Imams der Diyanet in den Vorstand von DITIB Niedersachsen/Bremen sowie über bei der Landesregierung gegebenenfalls vorhandene Erkenntnisse zu Predigtinhalten eines in Braunschweig tätigen Imams.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 17/5422

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs auf der Grundlage eines ergänzenden Änderungsvorschlags der Koalitionsfraktionen (Vorlage 24) und der Vorlagen des GBD (Vorlagen 22 und 25) fort. Auf der Grundlage dieses Beratungsergebnisses soll in einer für den 16. Februar 2017 wieder anberaumten Sitzung die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände ergänzend angehört werden. Im Anschluss daran soll über eine Beschlussempfehlung abgestimmt und die in die Beratung einbezogenen Eingaben abschließend behandelt werden.

3. **Gesetz zur institutionellen Stärkung und Weiterentwicklung des Zweckverbandes „Großraum Braunschweig“**

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5290

Die antragstellenden Fraktionen brachten einen Änderungsvorschlag ein (Vorlage 21). Der Ausschuss setzte die Beratung auf dieser Grundlage die Beratung fort und kam überein, in der für den 16. Februar 2017 wieder anberaumten Sitzung über eine Beschlussempfehlung abzustimmen.

4. a) **Deutlicher Anstieg der Einbruchskriminalität - Niedersachsen muss bei der Bekämpfung der Einbruchskriminalität besser werden**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/5484

b) **Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/5698

c) **Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7273

Der Ausschuss schloss die Beratung der Anträge unter a) und b) ab und führte die Beratung des Antrags unter c) durch. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des - mitberatenden - Ausschusses für Haushalt und Finanzen, die Anträge unter a) und b)

abzulehnen und den Antrag unter c) anzunehmen. Diese Empfehlung wurde mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der CDU-Fraktion gefasst. Die FDP-Fraktion enthielt sich zum Antrag unter a) der Stimme und wandte sich gegen die Beschlussempfehlungen zu den Anträgen unter b) und c).

5. **Doppelte Staatsangehörigkeit erhalten!**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/7274

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und kam überein, die Kommission zu Fragen der Migration und Teilhabe gemäß § 18 b Abs. 4 Satz 4 GO LT um eine Stellungnahme zu bitten. In diese sollen auch Fragen und Aspekte einfließen, die die CDU-Fraktion in der 120. Plenarsitzung umrissen hat und die - so eine Bitte der anderen Fraktionen an die CDU-Fraktion - durch diese gegebenenfalls ausformuliert und/oder ergänzt werden möge.

6. **Die Landesregierung soll der Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten im Bundesrat zustimmen**

Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/7275

Der Ausschuss nahm die Beratung des Antrags auf und bat die Landesregierung um eine Unterrichtung.

7. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Richtlinie des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport zur Öffentlichkeitsarbeit der Polizei - Zusammenarbeit von Polizei und Medien**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

8. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu Vorkommnissen in der Silvesternacht 2016/2017 in Hannover**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

9. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse des Modellversuchs zum Einsatz von Tablets bei der Polizei und über die Planungen zur zukünftigen Ausstattung der Polizistinnen und Polizisten mit „mobile devices“**

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

10. **Konsequent gegen gefährliches Verhalten im Straßenverkehr**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/6247

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

11. **Integration in die Gesellschaft durch Arbeit, Bildung und Familie**

Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/6433

hier: Unterrichtung durch die Landesregierung

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.

12. **Aktenvorlage gemäß Artikel 24 Absatz 2 NV zu Fällen von mutmaßlichem Sozialbetrug wegen Mehrfachregistrierungen von Flüchtlingen mit verschiedenen Identitäten bei der Landesaufnahmebehörde (Standort Braunschweig)**

Dieser Punkt wurde aus Zeitgründen von der Tagesordnung abgesetzt.